
Zum Wechselspiel von verpasster Konsolidierung, Demokratiekritik und Diskursen der Versicherheitlichung in der Zweiten Republik Polens (1918 bis 1926)

Heidi Hein-Kircher



Dr. Heidi Hein-Kircher, geb. 1969 in Mettmann, Leiterin der Abteilung Wissenschaftsforum am

Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft in Marburg. Studium der Osteuropäischen, Neueren Geschichte, Politikwissenschaft und Jiddistik an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, 2000 Promotion. Forschungsschwerpunkte: polnische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, politische Kulte und Mythen, Stadtgeschichte Ostmitteleuropas. Sie ist Teilprojektleiterin in dem Marburg-Gießener SFB/TRR 138 „Dynamiken der Sicherheit. Formen der Versicherheitlichung in historischer Perspektive“.

Abstract

The paper discusses the interplay of the failed consolidation of the Second Polish Republic, growing democracy criticism, and securitization discourses. This interplay resulted in dwindling support for parliamentary democracy. The failed consolidation was facilitated by scenarios of external threat. Furthermore, it can be attributed to the Polish partitions, which caused asymmetrically developed political, economic, social, and cultural predispositions; to the outcomes of World War I and the frontier wars in the East; and to the weak parliamentary system characterized by corruption. The politicians failed to integrate the previously separated parts of Poland and especially the national minorities, which constituted about 30 percent of the population. An atmosphere of threat to the state permeated the public and was further facilitated by securitization discourses of both the right and left. More and more the democratic regime itself was questioned and upheaval sentiments under the slogan of “moral healing” of political life became palpable. All this set the scene for Piłsudski’s coup in May 1926, which resulted in the transition of the parliamentary democracy into an authoritarian regime.

I. Einleitung

Die staatliche „Wiedergeburt“ („odrodzenie“) Polens 1918 stellte die politischen Akteure vor gewaltige Herausforderungen: Der Staatsgründungsprozess führte jedoch weder zu einer innenpolitischen Konsolidierung noch zu einem unumstrittenen Grenzverlauf, sodass sich das ohnehin schwierige Erbe der Teilungszeit potenzierte und zu einer weiteren Schwächung des jungen Staats führte. Bis Mitte der 1920er-Jahre gelang es den politischen Akteuren nicht, diese sich

gegenseitig bedingenden „Geburtswehen“ zu überwinden und einen nach innen und außen gleichermaßen gefestigten Staat mit einer parlamentarischen Demokratie aufzubauen. Aus der Wechselwirkung von verpasster Konsolidierung und dem damit einhergehenden Empfinden, dass die Staatlichkeit gefährdet sei, entwickelte sich eine tief gehende Ablehnung der parlamentarischen Demokratie. Diese drückte sich auch in Diskursen der „Versicherheitlichung“ („securitization“) aus, durch die das politische System diffamiert und weiter in die Krise getrieben wurde. So führten sie nach Abschluss der territorialen Staatsbildung und des Aufbaus der Zentralmacht zu der letztlich paradoxen Situation: Um eine Sicherung der Staatlichkeit zu erreichen, wurde parteiübergreifend das demokratische Regime infrage gestellt und ein Klima des Umsturzes herbeigeredet. Die zu erläuternden, seit 1923 verstärkt auftretenden Diskurse über die „Sanierung“ („sanacja“) der Republik waren gleichermaßen ein Symptom der Krise und Ursache des Scheiterns der Demokratie, weil sie sich lediglich auf den Erhalt der Staatlichkeit und nicht auf den des demokratischen Regimes fokussierten. Sie können als Diskurse der Versicherheitlichung interpretiert werden, die einen Prozess charakterisieren, in dem verschiedene Akteure, Ereignisse oder Prozesse als Sicherheitsprobleme darstellen und daraus Handlungsanleitungen deduzieren.

Mit dieser neuen Deutung möchte ich keine Zwangsläufigkeit des Scheiterns der parlamentarischen Demokratie Polens in der Zwischenkriegszeit¹ behaupten, sondern eine Akzentverschiebung in der Diskussion um dessen Bewertung anbieten: In der bisherigen Forschung stand der Mai-Putsch Piłsudskis im Fokus.² Vernachlässigt wurde die Frage nach den übergreifenden mentalen Prädispositionen, die einen Ansatzpunkt zur Erklärung bieten können, warum ein landesweiter Widerstand gegen den Putsch ausblieb.³ Der von mir gewählte Zugriff bietet

-
- 1 Zu den Desiderata einer Demokratiegeschichte Ostmitteleuropas vgl. Agnes Laba/Maria Wójtczak, Aspekte einer Demokratiegeschichte in Ostmitteleuropa und im Baltikum im Nachklang des Ersten Weltkriegs. In: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung, 64 (2015) (in Vorbereitung). Ich danke Sebastian Paul für einige wichtigen Hinweise.
 - 2 Nach wie vor maßgeblich: Andrzej Garlicki, *Przewrót majowy* (Der Mai-Umsturz), 3. Auflage Warszawa 1987. Hier verweist der Titel auf die Linie der Interpretation: „Mai-Umsturz“ wirkt deutlich milder, als das erst in der neueren Forschung verwendete „zamach stanu“ (Staatsstreich, so etwa: Zbigniew Kapuś/Grzegorz Radomski [Hg.], *Zamach stanu Józefa Piłsudskiego i jego konsekwencje w interpretacjach polskiej myśli politycznej XX w.* [Der Staatsstreich Józef Piłsudskis und seine Konsequenzen in der Interpretation des polnischen politischen Denkens des 20. Jahrhunderts], Warszawa 2008), während „Putsch“ (pucz) in der polnischen Forschung nach wie vor nicht verwendet wird. Erst nach der politischen Wende Ende der 1980er-Jahre gelangte die Zweite Republik zunehmend in den Fokus der historischen Forschung. Bis dahin wurden schwerpunktmäßig soziale Probleme behandelt. Es wurde gerade die Zeit des autoritären Regimes tabuisiert, was Rückwirkungen auf die Entstehung des o.g. Werks Garlickis hatte.
 - 3 Überblicksdarstellungen zur polnischen Geschichte stellen die Krisen zwar als strukturelle Rahmenbedingungen dar, jedoch nicht die daraus resultierenden mentalen Prädispositionen.

somit eine andere Sicht auf die Krise und ihre Bewältigung. Am polnischen Beispiel kann somit gezeigt werden, dass es Wechselwirkungen von ausbleibender politischer und gesellschaftlicher Konsolidierung, von Krisen(-empfinden) und Diskursen der Versicherheitlichung gibt und dass letztere instrumentalisiert werden, um eigene Zielsetzungen durchzusetzen und zu legitimieren. Insofern ist dieser Beitrag auch als Impuls zu verstehen, das Scheitern der Demokratien in der Zwischenkriegszeit und sicherlich darüber hinaus vergleichend vor der Folie der Versicherheitlichungsdiskurse zu erklären.

Um dieses Wechselspiel nachzuvollziehen, wird im Folgenden anhand der Grenzziehung und des inneren Staatsaufbaus zunächst erläutert, warum der Staatsbildungsprozess nicht zu einer inneren und äußeren Stabilität der parlamentarischen Demokratie, sondern zu einer inneren Zerrissenheit Polens führte. Anschließend soll exemplarisch gezeigt werden, wie die Symptome der Krise und Bedrohungsvorstellungen gedeutet wurden und wie Demokratiekritik und Versicherheitlichungsdiskurse in den Jahren vor dem Putsch miteinander verwoben waren.

II. Die Realisierung des Traums: die „Wiedergeburt“ Polens

Die Wiedererrichtung der Staatlichkeit war trotz des gescheiterten Freiheitskampfes im 19. Jahrhundert und trotz vorhandener Arrangements von Teilen der politischen Eliten mit der jeweiligen Teilungsmacht ein Sehnsuchtsort der polnischen Nationalbewegung geblieben. Spätestens nach der Deklaration der Mittelmächte Anfang November 1916, nach der Polen als konstitutionelle Monarchie begründet werden sollte,⁴ nahm die „Polnische Frage“ im Ersten Weltkrieg internationale Virulenz an. Seit der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts hatte sich das „Unabhängigkeitslager“ unter der Führung Józef Piłsudskis zu entwickeln begonnen. Dieser als „Aktivisten“ bezeichnete Personenkreis sah zu Beginn des Weltkriegs die sich eröffnende Chance, beteiligte sich zunächst aufseiten der Mittelmächte am Kampf gegen Russland und wandte sich in der ersten Jahreshälfte 1917 gegen sie. Auch die konservative, prorussische Nationaldemokratie verstärkte ihr Engagement bezüglich einer Wiedererrichtung des polnischen Staats. Ihre politische „Auslandsaktion“ unter Führung Roman Dmowskis und Ignacy Paderewskis sorgte dafür, dass im Kriegsverlauf die Wiederrichtung Polens schließlich als Kriegsziel der Entente wahrgenommen wurde. Gerade durch

4 Vgl. Stephan Lehnstaedt, Imperiale Ordnungen statt Germanisierung. Die Mittelmächte in Kongresspolen 1915–1918. In: Osteuropa, 64 (2014) 2–4, S. 221–232; analysiert die Politik der Mittelmächte und verdeutlicht, dass sie provisorische Lösungen ergriffen und daran interessiert waren, ethnopolitische Konflikte zu vermeiden. Zur Besatzungspolitik und sich daraus ergebenden institutionellen Vorprägungen der Verwaltung siehe Marta Polsakiewicz, Warschau im Ersten Weltkrieg, Marburg 2015 (in Vorbereitung).

dieses Agieren und eine entsprechende Positionierung der polnischen Akteure vertiefte sich die Kluft zwischen den großen politischen Lagern. Dieser Zwist sollte die Republik prägen.⁵

Zunächst bekamen die „Aktivisten“ Oberhand: Als sich im Frühherbst 1918 der baldige Zusammenbruch der Mittelmächte abzuzeichnen begann, bildeten sich in einigen Städten Polens Gruppierungen, die sich als Übergangsregierungen sahen. Sie unterstellten sich der sich bildenden polnischen Regierung unter dem Obersten Staatschef Piłsudski, nachdem dieser vom Regentschaftsrat – ohne Mandat der mit sich selbst beschäftigten Mittelmächte – am 11. November 1918 zunächst die militärische, dann wenige Tage später auch die zivile Macht übertragen bekommen hatte. Die fehlende politische Präsenz der nationaldemokratischen Akteure im Land spielte dem Piłsudski-Lager, das zu Kriegsbeginn über eine nur geringe Anhängerschaft verfügt hatte, in die Hände: Piłsudski war nicht zuletzt durch die Propaganda seiner Anhänger während seiner Inhaftierung zur Symbolfigur des Unabhängigkeitskampfes für die Parteien der Linken und in einem gewissen Grade auch des Zentrums geworden. Daher triumphierten im Spätherbst 1918 die „Aktivisten“, die ihre „bewaffnete Tat“ („*czyn zbrojny*“) und ihren Spiritus Rector Piłsudski propagandistisch verklärten.⁶

Wenn auch auf einigen institutionellen Ansätzen aus der Besatzungszeit aufbauend, war mit der Übernahme der Regierungsvollmachten durch Piłsudski der Staatsbildungsprozess begonnen worden. Außer Frage stand dabei, dass der wieder zu errichtende Staat demokratisch geprägt sein würde.⁷ Denn die Akteure wollten einerseits an die demokratischen Traditionen der späten „Adelsrepublik“,⁸ also an die Verfassung vom 3. Mai 1791, andererseits auch an Impulse der Kriegsjahre wie den „Wilsonian Moment“⁹ und ersten Konzepten für eine polnische Staatlichkeit anknüpfen.

5 Vgl. Włodzimierz Borodziej, *Geschichte Polens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 53–96.

6 Vgl. Heidi Hein, *Der Piłsudski-Kult und seine Bedeutung für den polnischen Staat*, Marburg 2002, S. 44–49.

7 Vgl. Andrzej Ajnenkiel, *Spór o model parlamentaryzmu polskiego do roku 1926* (Streit um das Modell des polnischen Parlamentarismus bis 1926), Warszawa 1972, S. 14–164; Stephanie Zloch, *Polnischer Nationalismus. Politik und Gesellschaft zwischen den beiden Weltkriegen*, Köln 2010, S. 35–53.

8 Vgl. Präambel der Märzverfassung, zit. nach Heidi Hein-Kircher (Bearb.), Themenmodul *Zweite Polnische Republik* (<http://www.herder-institut.de/resolve/qid/13.html>; 14.12.2014) mit dem Bezug auf die „glänzende Überlieferung“ der Verfassung vom 3.5.1791; Dekret Piłsudskis vom 14.11.1918. In: Ebd. (<http://www.herder-institut.de/go/o0-c26998>; 1.2.2015).

9 Erez Manel, *The Wilsonian Moment: Self-Determination and the International Origins of Anticolonial Nationalism*, New York 2007. Vgl. die Proklamation des Regentschaftsrates vom 7.10.1918. Zit. nach Hein-Kircher, *Zweite Republik* (<http://www.herder-institut.de/go/tv-7dc0cf>; 2.2.2015).

III. Vom Traum zum Trauma: die Errichtung des polnischen Staatsterritoriums

Bereits direkt nach Kriegsende war klar, dass angesichts der Bestrebungen der benachbarten Nationalitäten, einen eigenen Staat zu bilden, und des Ausgreifens Sowjetrusslands nach Westen das polnische Staatsgebiet im Osten erkämpft werden musste. Dies hatte massive Rückwirkungen auf den parallel verlaufenden inneren Staatsbildungsprozess. Um eine polnische Staatlichkeit mit festen Konturen zu erreichen, standen die politischen Akteure somit vor der gewaltigen Herausforderung, zeitgleich demokratische Strukturen zu etablieren, zur Sicherung des Staats und seiner territorialen Etablierung eine Armee aufzustellen und schließlich die Grenzen nach Osten hin auszukämpfen.¹⁰ Diese Entwicklung brachte keine innere Stabilisierung mit sich, sondern traumatisierte die Gesellschaft nicht zuletzt durch Kriegserfahrungen und -folgen.¹¹

Bereits im Spätherbst 1918 vertieften die auseinanderklaffenden Vorstellungen von der territorialen Gestalt Polens die Kluft zwischen den politischen Lagern, weil sie sehr unterschiedliche Territorialkonzepte entwickelt hatten: Das Pilsudski-Lager legte einen Fokus auf die östlichen multiethnischen Gebiete der Adelsrepublik und intendierte, diese Kresy – ähnlich der Adelsrepublik auch – in den neuen Staat einzubeziehen. Dagegen konzentrierten sich die Nationaldemokraten auf die mehrheitlich von Polen bewohnten Gebiete, ohne die Kresy einbeziehen zu wollen.¹² Es kam daher nicht zu einer Einigung über die Territorialkonzepte zwischen den Lagern, sondern nur zu einem auf das tagesaktuelle politische Handeln ausgerichteten Kompromiss ohne inhaltliche Festlegungen. In der Folge verschärfen sich die ideologischen Differenzen und das daraus resultierende politische Handeln und Klima weiter. Dmowski führte die polnische Delegation an, die an den Friedensverhandlungen in Paris teilnahm, und konnte dort sein inkorporationistisches Territorialkonzept eines polnischen Nationalstaats vertreten, der die auf seinem Gebiet wohnende nichtethnische polnische Bevölkerung polonisieren wollte.¹³ Pilsudski erhielt wiederum freie Hand, das entstandene Machtvakuum im Osten zu nutzen. Er zielte darauf ab, durch militärische Eroberungen *Faits accomplis* zu schaffen und das polnische Territorium nach Osten auszudehnen, um so die Kresy der untergegangenen Adelsrepublik wiederzugewinnen.

10 Vgl. Borodziej, *Geschichte*, S. 99.

11 Am Beispiel Lembergs vgl. exemplarisch Christoph Mick, *Kriegserfahrungen in einer multiethnischen Stadt: Lemberg 1914–1947*, Wiesbaden 2010, S. 69–316.

12 Diese beiden Konzepte wurden mit Blick auf die ehemalige territoriale Gestalt Polens als „jagiellonische Idee“ resp. als „piastische Idee“ gekennzeichnet. Vgl. insbesondere zur östlichen Grenzkonzeption Alexandra Schweiger, *Polens Zukunft liegt im Osten. Polnische Ostkonzepte der späten Teilungszeit (1890–1918)*, Marburg 2014; Werner Benecke, *Die Ostgebiete der Zweiten Polnischen Republik. Staatsmacht und öffentliche Ordnung in einer Minderheitenregion 1918–1939*, Köln 1999, S. 7–26.

13 Vgl. Hans Roos, *Geschichte der polnischen Nation. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart*, 4. Auflage Stuttgart 1986, S. 53.

Für die Interpretation der territorialen Staatsbildung durch die politischen Lager in späteren Jahren ist es von Belang, dass die Grenzfestlegung nach Westen bzw. Süden über das Oktroi des Versailler Vertrags und das Eingreifen der Alliierten in Bezug auf Oberschlesien und auf Teschen geregelt wurde, während im Osten das eigene militärische Vordringen Polens und das Kräfteverhältnis zu den Nachbarstaaten ausschlaggebend waren. Da die Ansprüche auf Ostgalizien und das Wilna-Gebiet noch auf einem parteienübergreifenden Konsens beruhten, begann bereits knapp zwei Wochen nach Weltkriegsende der Kampf mit den Ukrainern um Ostgalizien und insbesondere um dessen Hauptstadt Lemberg, Anfang 1919 auch um Wilna. Parallel dazu entwickelten sich im Westen zur Jahreswende Kämpfe um den Besitz Posens; Anfang der 1920er-Jahre schließlich um Oberschlesien. Die Ansprüche auf das Wilna-Gebiet und Ostgalizien wurden in den folgenden knapp zwei Jahren militärisch ausgefochten. Dies endete für Polen, angesichts des Vormarsches der Roten Armee im Sommer 1920, beinahe in einer Katastrophe, schließlich aber im Triumph über die Rote Armee durch das „Wunder an der Weichsel“. Außenpolitisch bedeutsam war, dass als langfristige Folge der Grenzkriege lediglich die Grenzen zu Rumänien und Lettland politisch nicht umstritten waren.¹⁴

Das Empfinden, von feindlichen Nachbarn eingekreist zu sein, wurde durch die im Rahmen der Territorialbildung entstehende Minderheitenproblematik noch erheblich verstärkt. Durch den Frieden von Riga 1921 entstand ein „Nationalitätenstaat mit nationalstaatlichen Begriffen“¹⁵ mit rund einem Drittel Minderheitenbevölkerung. Insbesondere stellte die Integration der stark unterentwickelten und durch den Krieg zerstörten Kresy eine Herausforderung dar, zumal sich dort die polnische Landbevölkerung in der Minderheit befand und die Skepsis gegenüber Polen virulent blieb. So konnte sich dort die Staatsmacht nur langsam etablieren. In Verbindung mit der wirtschaftlichen Schwäche und mit den sich entwickelnden Nationalisierungsprozessen der dort ansässigen Bevölkerungsgruppen wurden sie zunehmend zu unruhigen Gebieten, die insbesondere durch kommunistische Gruppen, die über die Grenze nach Polen eindrangten, gefährdet schienen.¹⁶ Aber auch die deutsche Bevölkerungsgruppe, vor allem in Oberschlesien, bildete nicht nur ein bedeutsames innenpolitisches Konfliktpotenzial.¹⁷ Insgesamt blieb daher die Minderheitenproblematik stets ein wichtiger Gesichtspunkt polnischer Außenpolitik¹⁸ und bewirkte in einer brisanten Wech-

14 Vgl. Benjamin Conrad, *Umkämpfte Grenzen, umkämpfte Bevölkerung. Die Entstehung der Staatsgrenzen der Zweiten Polnischen Republik 1918–1923*, Stuttgart 2014.

15 Roos, *Geschichte*, S. 98 f.

16 Vgl. Benecke, *Die Ostgebiete*, S. 41–80. Bedeutsam war, dass erst 1924 ein Grenzschutz eingerichtet wurde.

17 Vgl. Christhardt Henschel/Stephan Stach, *Nationalisierung und Pragmatismus. Staatliche Institutionen und Minderheiten in Polen 1918–1939*. In: *Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung*, 62 (2013), S. 164–186.

18 Damit war der „triadic nexus“ wirksam. Vgl. Rogers Brubaker, *Nationalism Reframed. Nationhood and the National Question in the New Europe*, Cambridge 1996, S. 8 und Kapitel 3, S. 55–78.

selwirkung zwischen Minderheiten- und Außenpolitik ein ständiges Gefühl außen- wie auch innenpolitischer Bedrohung. Sie führte somit zu innenpolitischen Reaktionen und in Verbindung mit den sich aus der Grenzziehung ergebenden übrigen außenpolitischen Problemen zu einer weitestgehenden Isolation Polens von seinen direkten Nachbarn.¹⁹ Insbesondere herrschte seit der Grenzfestlegung ständig ein Gefühl der Bedrohung durch Deutschland und Sowjetrußland vor. Verstärkt wurde diese Bedrohungswahrnehmung durch die weitere außenpolitische Entwicklung in Europa bis zur Mitte der 1920er-Jahre, insbesondere durch die Verträge von Rapallo und Locarno.

Die aus diesen Prozessen resultierenden Bedrohungsszenarien zeigten somit der polnischen politischen Öffentlichkeit, dass die Unabhängigkeit Polens keineswegs gesichert war. Weil die „brennenden Grenzen“²⁰ im Westen wie im Osten ein permanentes Sicherheitsrisiko darstellten, führte die Wiedererrichtung des polnischen Staats zu massiven Gewalterfahrungen²¹ und damit zur Traumatisierung und Verunsicherung der polnischen Gesellschaft. Diese schwere Hypothek wurde nach Abschluss des Staatsaufbaus in besonderer Weise virulent, indem die permanente Gefährdung zu einem Leitthema in den parteipolitischen Diskursen über den Zustand des Staats wurde.

IV. Vom Triumph zur Krise: Grundprobleme beim inneren Staatsaufbau

Die ersten innenpolitischen Maßnahmen Pilsudskis zeugen von dem Bemühen, das letztlich alle politischen Akteure teilten: dem entstehenden Staat auch im Inneren feste Konturen zu geben. Noch im November 1918 definierte Pilsudski, nun als Oberster Staatschef, durch Dekrete die Machtverteilung zwischen ihm und der von ihm ernannten Regierung und die Wahlordnung zur verfassungsgebenden Nationalversammlung. Die Wahlen zur Konstituante fanden Anfang 1919 nur in den ethnisch unumstrittenen polnischen Gebieten des ehemaligen Kongresspolens und Westgaliziens statt. Das aufständische Posener Gebiet blieb ebenso von den Wahlen ausgeschlossen wie die umkämpften Gebiete im Osten. Dies führte dazu, dass nur Deutsche und Juden mit knapp vier Prozent der Abgeordneten in der Konstituante vertreten waren. Rund ein Drittel der Mandate erhielten die Rechte, die sich als Parteienblock (Związek Ludowo-Narodowy) unter Führung der Nationaldemokratie zusammengeschlossen hatte, und die

19 Joseph Rothschild, *East Central Europe between the Two World Wars*, 7. Auflage London 1992, S. 34.

20 Nach dem gleichnamigen Film von Erich Waschnek (1926/27) über den Oberschlesien-Konflikt.

21 Vgl. pointiert Jochen Böhrer, *Europas „Wilder Osten“*. Gewalterfahrungen in Mitteleuropa 1917–1923. In: *Osteuropa*, 64 (2014) 2–4, S. 141–157. Die Gewalterfahrungen im Weltkrieg und während der Grenzkriege führten jedoch zu dem für die Identität des Staats wichtigen Narrativ, das über die Opfer der Soldaten für den Staat berichtete.

Parteien der Mitte. Dennoch übertrug die Konstituante im Februar 1919 in der „Kleinen Verfassung“ Piłsudski bis zur Verabschiedung einer Verfassung die Staatsführung. Sie schränkte aber seine innenpolitischen Vollmachten im Vergleich zur vorherigen Machtfülle erheblich ein. In der folgenden Phase der Verfassungsgebung war der Antagonismus der Lager deutlich zu spüren: Erst nach langen Verhandlungen zwischen den politischen Lagern wurde die Verfassung im März 1921 verabschiedet. Sie war letztlich insofern ad personam auf Piłsudski fokussiert, als sich die Rechte mit einer massiven Beschneidung der präsidentiellen Rechte durchsetzte, um einen starken Präsidenten Piłsudski zu verhindern. Mit der Märzverfassung des Jahres 1921, den Grenzziehungen, der Sejmwahl und der Wahl des Staatspräsidenten 1922 war der Staatsbildungsprozess formal abgeschlossen, betraf aber lediglich die oberste Ebene der staatlichen Hierarchie.²²

Die ehemaligen Teilungsgebiete waren wegen der unterschiedlichen Herrschaftssysteme in politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht sehr asymmetrisch entwickelt und nur ansatzweise wirtschaftlich und politisch modernisiert worden. So gab es auf den unteren Ebenen der staatlichen Hierarchie vier unterschiedliche Zivil-, Strafrechts- und Bildungssysteme,²³ und die insgesamt geringe Wirtschaftsentwicklung war strukturell auf die Ökonomie des jeweiligen Imperiums ausgerichtet worden.²⁴ Dieser höchst unterschiedliche Entwicklungsgrad hatte insgesamt zahlreiche bedeutende politisch-rechtliche und soziale Folgen in Bezug auf die Konsolidierung der Staatsmacht und damit auf die Stabilität der Republik.

Die „aus der Teilungszeit geerbte Ungleichzeitigkeit“,²⁵ also der höchst unterschiedliche Entwicklungsstand der Teilungsgebiete, begründete, dass trotz der Errichtung des parlamentarischen Systems die gesellschaftlichen und regionalen Segmentierungen fortbestanden. Die politische, administrative, wirtschaftliche, soziale und nicht zuletzt ethnisch-nationale Integration der Teilungsgebiete war folgerichtig ein Hauptanliegen des Staatsbildungsprozesses, wurde aber nur unzureichend umgesetzt, da rasch klar wurde, dass wegen der strukturell unterschiedlichen Ausgangslage die Staatsmacht zunächst nur partiell und schrittweise etabliert werden konnte. Hierin liegen wesentliche strukturelle Ursachen für die verpasste gesellschaftliche Konsolidierung, die zusehends in zerreißenden politischen Konflikten mündete.

22 Vgl. Andrzej Kulig, *Kształtowanie rządów u progu niepodległej Polski (1917–1926)* (Die Gestaltung der Regierungen an der Schwelle des unabhängigen Polen [1917–1926]), Warszawa 2013, S. 115–258; Borodziej, *Geschichte*, S. 124–127.

23 Vgl. ebd.

24 Insgesamt war der Grad der Industrialisierung mit Ausnahme der Textilstadt Łódź, der Erdölförderung in Ostgalizien und dem Bergbau in Oberschlesien gering. Unter dem Damoklesschwert der Inflation folgte eine Wirtschaftskrise auf die andere. Weiterhin konnte die sozialpolitisch drängende Agrarfrage nicht hinreichend gelöst werden.

25 Ebd., S. 160.

Von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des demokratischen Regimes war, dass aufgrund des zentralistischen Staatsaufbaus die Wojewodschaftsebene nicht durch Wahlen besetzt und die Kommunalordnung erst 1928 (und dann auch nur partiell) reformiert wurde. Dies führte zur paradoxen Situation, dass es teilweise ein Jahrzehnt lang keine kommunalen Neuwahlen gab, weil diese ansonsten nach den Vorkriegsregelungen hätten erfolgen müssen.²⁶ Dies ist umso schwerwiegender, als gerade die lokale Demokratie eine hohe integrative Bedeutung hat.

Darüber hinaus gab es ein gegenseitiges Unverständnis von Repräsentanten der Zentralregierung und den Bewohnern der ehemaligen Teilungsgebiete, aber auch zwischen diesen, weil sie unterschiedliche Interessen und Gewohnheiten herausgebildet hatten. Dies führte auch zur mangelnden Akzeptanz des Zentralstaats und vor allem der Verwaltung als Herrschaft vor Ort. Besonders spürbar war das Problem bei der administrativen Erschließung des Landes durch galizische Beamte, da es polnische Beamte aus den anderen Teilungsgebieten kaum gab.²⁷ Sie wurden dabei argwöhnisch betrachtet, zumal es auch ein grundsätzliches, traditionelles Misstrauen der lokalen Eliten gegenüber den Repräsentanten des Zentralstaats gab. Die „Galizier“ wurden wegen ihrer „fremden“ Rechtskenntnisse und Gewohnheiten beargwöhnt, nicht zuletzt wegen ihrer zur Habsburgermonarchie loyalen Haltung. Insbesondere die Nationaldemokratie warf ihnen vor, „unpolnisch“ zu sein. Umgekehrt ließen sie sich ihrerseits kaum auf die regionalen Besonderheiten jenseits ihrer Heimat ein und sahen mit einer gewissen Arroganz auf die ihrer Meinung nach unterentwickelte Intelligenz der Bürger der übrigen Teilungsgebiete, vor allem auf die „hauptstädtischen Amateure der Regierungskunst“²⁸, herab. Die Identifikation mit der polnischen Staatsmacht und deren Konsolidierung vor Ort wurde somit durch ein gegenseitiges Unverständnis zwischen den zentralstaatlichen Eliten und der lokalen Bevölkerung ebenso wie mit der parlamentarischen Demokratie erschwert. Somit wurden die demokratischen Strukturen auf der lokalen Ebene nicht implementiert, geschweige denn stabilisiert. Der unvollendete Staatsaufbau auf den unteren Ebenen brachte in der Frühphase der Republik daher nicht die notwendige demokratische Durchdringung aller staatlichen Ebenen und keine Identifikation mit der neuen parlamentarischen Demokratie mit sich.

26 1919 fanden daher in Warschau Kommunalwahlen statt, aber in den erst später zum Staatsgebiet hinzukommenden Gebieten wurden diese nicht nachgeholt. Beispielsweise amtierte etwa der Lemberger Rat, der vor dem Ersten Weltkrieg nach einem Kurialsystem des Jahres 1870 gewählt worden war, bis 1928. In den südöstlichen Wojewodschaften wurden die Städtestatute erst 1934 eingeführt.

27 Im wirtschaftlich rückständigen Galizien entstand aufgrund des Ausgleichs von 1867 auf der Landes- und Kommunalebene eine polonisierte Verwaltung. So konnte sich in Galizien bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine bedeutende Zahl von polnischen Verwaltungsbeamten, Juristen und Lehrern entwickeln, auf die der junge Staat zurückgreifen konnte.

28 Hugo Steinhaus zit. ebd., S. 149 f.

V. Parteienzank statt Konsolidierung

Ein weiteres für die parlamentarische Demokratie problematisches Erbe der Teilungszeit war insbesondere die Fragmentierung der Parteienlandschaft. Jede der Parteien hatte einen unterschiedlichen regionalen Schwerpunkt, der sich aus der Teilungszeit ergab, und sich entsprechend divergent entwickelt. Das Parteiensystem wurde durch die sehr unterschiedlichen – von sozialistisch bis nationalistisch orientierten – Minderheitenparteien noch komplizierter und für die „Demokratie lernende“ Bevölkerung noch undurchsichtiger: Es war ein „Spiegelbild der Zerrissenheit des Landes“,²⁹ wobei der tiefe Graben zwischen linkem und rechtem Lager die öffentlichen Diskurse dominierte. Die chauvinistische und antisemitische Nationaldemokratie³⁰ war vielleicht die die meisten Teilungsgebiete umfassende Partei, hatte aber auch eine eigene Ausprägung in Galizien entwickelt. Die Bauernparteien waren programmatisch nicht einheitlich, da sie eine konservativere Partei in Galizien und eine eher linksorientierte Partei in Kongresspolen bildeten.³¹ Während die Polnische Sozialistische Partei (PPS)³² auf rund drei Jahrzehnte des illegalen Kampfes in Kongresspolen und einige Jahre legaler politischer Arbeit in Galizien zurückblicken konnte, hatte sie sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts gespalten. Ihr Mitbegründer Piłsudski hatte sich bereits vor dem Kriegsausbruch von ihr ideell zu entfernen begonnen, weil seine Anhängerschaft im Unabhängigkeitslager neben Sozialisten und Sozialdemokraten auch liberale und bürgerliche Vertreter des Unabhängigkeitsgedankens umfasste.³³ So gab es nach 1918 zahlreiche personelle, ideologische und sicherlich auch emotionale Bindungen, etwa die Erinnerung an den aktiven Kampf während des Ersten Weltkriegs. Die linksorientierten Gruppierungen betonten den Patriotismus und die Fokussierung auf die Staatlichkeit. Sie lehnten gleichermaßen radikal die Nationaldemokratie ab, unterschieden sich aber in Bezug auf sozioökonomische Lösungsansätze und die Interpretation des Verhältnisses von Legislative und Exekutive.

29 Hugh Seton-Watson, Osteuropa zwischen den Kriegen, Paderborn 1948, S. 186. Rothschild (East Central Europe, S. 31) zählt für das Jahr 1926 26 polnische und 33 Minderheitenparteien.

30 Vgl. Włodzimierz Mich, *Obcy w polskim domu. Nacjonalistyczne koncepcje rozwiązania problemu mniejszości narodowych 1918–1939* (Fremde im polnischen Haus. Nationalistische Konzepte zur Lösung des Problems der nationalen Minderheiten 1918–1939), Lublin 1994, der sich insbesondere auf den Antisemitismus konzentriert.

31 Vgl. Gerhard Doliesen, *Die polnische Bauernpartei „Wyzwolenie“ in den Jahren 1918–1926*, Marburg 1995; vgl. zur moderateren Bauernpartei Ryszard Szaflik, *Polskie Stronnictwo Ludowe Piast 1926–1931* (Die Polnische Bauernpartei Piast 1926–1931), Warszawa 1970.

32 Z.B. vgl. Kazimierz Wiech, *Polska Partia Socjalistyczna 1918–1921* (Die Polnische Sozialistische Partei 1918–1921), Warszawa 1978; Józef Soroka, *Polska Partia Socjalistyczna wobec problemów kulturalno-oświatowych 1918–1939* (Die Polnische Sozialistische Partei angesichts der Kultur- und Bildungsprobleme 1918–1939), Wrocław 1995.

33 Zum ideologischen Werdegang Piłsudskis bis 1914 vgl. Hein, *Piłsudski-Kult*, S. 34–42.

Eine massive Belastung war vor allem der unüberwindbare parteipolitische Gegensatz zwischen den Vertretern des linken und rechten Spektrums bzw. personell zugespitzt zwischen Piłsudski und Dmowski, der alle übrigen parteipolitischen Konflikte überlagerte und die politische Mitte letztlich neutralisierte. Er zementierte sich in der Staatsgründungsphase und den nachfolgenden politischen Krisen zunehmend. Im Gegensatz zu Dmowski³⁴ verfügte Piłsudski nicht über eine parteipolitische Hausmacht. Dieses Defizit wurde im Zuge seiner schrittweisen Entmachtung bis 1923 immer deutlicher. Weil er eine stabile politische Basis benötigte, griff er, ohne zunächst eine Partei zu gründen, auf die ehemaligen Legionäre, unter ihnen zahlreiche Intellektuelle, zurück und gründete den Legionärsverband (Związek Legionistów Polskich).³⁵ Er band hierdurch seine ihm im Krieg treu ergebene Anhängerschaft an sich, die meist ohne fundierte Ausbildung und wirkliche Perspektive in das staatliche Leben der jungen Republik integriert werden musste. Die Legionäre waren nicht nur von der bisherigen Entwicklung enttäuscht, sondern fühlten sich, wie bereits im Kriege, von der polnischen Gesellschaft verraten.³⁶ Hierdurch entwickelte sich eine für die politische Kultur und die parlamentarische Demokratie gefährliche außerparlamentarische Opposition, auf die Piłsudski später beim Putsch 1926 zurückgreifen konnte.

Zu Lackmustests für die junge Demokratie und für den Integrationswillen der Parteien wurden im Herbst 1922 vor diesem Hintergrund die Parlamentswahlen und die wenige Wochen später stattfindenden Präsidentenwahlen durch Sejm und Senat. Allein der Zeitpunkt der Wahlen macht deutlich, wie wenig die Parteipolitiker der Konstituante die Regeln demokratischer Arbeit internalisiert hatten. Es herrschte 1921 die Sorge vor, der durch die Grenzziehung neu inkorporierten Minderheitenbevölkerung das Wahlrecht zuzugestehen und damit politische Unwägbarkeiten eingehen zu müssen.³⁷ Somit verzögerten die Abgeordneten der Konstituante die eigentlich nach der Verfassungsverabschiedung anstehenden Wahlen um mehr als ein Jahr. Ziel war es, möglichst zahlreiche grundlegende Regelungen ohne Mitsprache der dann zu erwartenden höheren Zahl an Minderheitenvertretern im Sejm beschließen zu können. Bei den Wahlen im Herbst 1922 erhielt die Rechte rund 28 Prozent, die politische Mitte insgesamt 29,9 und die Linke 22,1 Prozent.³⁸ Die Wahlen führten mit 17 im Sejm

34 Zur nach ihren Initialen benannten *Endecja* (ND) gibt es nur wenige umfassende Studien: Roman Wapiński, *Narodowa Demokracja 1893–1939. Ze studiów nad dziejami nacjonalistycznej* (Die Nationaldemokratie 1893–1939. Aus den Studien zur nationalistischen Geschichte), Wrocław 1980.

35 Vgl. Andrzej Garlicki, *Józef Piłsudski*, Warszawa 1988, S. 240–247, S. 285.

36 Vgl. Jerzy Kochanowski, *Horthy und Piłsudski – Vergleich der autoritären Regime in Ungarn und Polen*. In: Erwin Oberländer (Hg.), *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944*, Paderborn 2001, S. 19–94, hier 34.

37 Vgl. Cornelia Schenke, *Nationalstaat und nationale Frage. Polen und die Ukrainer 1921–1939*, München 2004, S. 44.

38 Vgl. Juliusz Bardach, *Dzieje Sejmu Polskiego* (Geschichte des polnischen Sejm), Warszawa 2011, S. 153.

vertretenen Parteien zu einer Fragmentierung des Sejms. Zudem hatte es selbst die ethnische Polen bevorzugende Wahlordnung nicht verhindern können, dass die Minderheitenparteien bei den Wahlen 1922 rund 20 Prozent der Stimmen erhielten, obwohl die ostgalizischen Ukrainer die Wahlen boykottiert hatten.³⁹

Aus der sich im Wahlergebnis manifestierenden parteipolitischen Zersplitterung und dem die politische Kultur prägenden Konflikt zwischen den politischen Lagern ergaben sich in den folgenden Jahren zahlreiche Regierungskrisen mit 13 Kabinettswechseln bis zum Mai-Putsch 1926. Nachdem bereits der Machtkampf der Lager in der Konstituante das Ansehen der Parlamentarier massiv beschädigt hatte, führte das Agieren der meisten Abgeordneten zu einem weiteren Vertrauensverlust in die Arbeit des Parlaments. Das dem Druck der Erwartungshaltungen der jeweiligen Klientel nicht standhaltende Gebaren der politisch kaum erfahrenen, nicht durch eine Fraktionsdisziplin einhegbaren Abgeordneten paralyisierte die legislative Arbeit des Sejms. Er konnte seine integrative Rolle⁴⁰ nicht wahrnehmen. Somit waren die folgenden Jahre von einem fortschreitenden Akzeptanzverlust der parlamentarischen Demokratie und Demoralisierung der Politiker gekennzeichnet.

Besonders deutlich wurde das mangelnde demokratische Verständnis bei den Präsidentenwahlen durch Sejm und Senat im Herbst 1922. Sowohl Piłsudski als auch sein Kontrahent Dmowski verzichteten wegen der rein repräsentativen Aufgaben des Staatspräsidenten auf eine Kandidatur. Die Aufstellung der fünf Kandidaten und die fünf für die Findung einer absoluten Mehrheit notwendigen Wahlgänge zeigten die Borniertheit und die fehlende Kompromissbereitschaft der Fraktionen:⁴¹ So war für die Abgeordneten der Bauernpartei beispielsweise der nationaldemokratische Großgrundbesitzer Graf Maurycy Zamoyski nicht wählbar. Nachdem die Minderheitenvertreter sich für Gabriel Narutowicz, der ursprünglich ein Verlegenheitskandidat der linken Bauernpartei gewesen war, ausgesprochen hatten, überrundete dieser Zamoyski mit den Stimmen der Linken, der Bauernpartei und der Minderheitenvertreter mit 289 zu 227 Stimmen. Es kam bereits vor der Vereidigung von Narutowicz zu gewalttätigen Demonstrationen seitens des rechten Blocks gegen das Wahlergebnis, da die Rechte das Mitbestimmungsrecht der Minderheiten nicht akzeptieren wollte und somit die Legitimität des Präsidenten anzweifelte. Nach wenigen Tagen im Amt wurde Narutowicz von einem nationaldemokratischen Einzeltäter ermordet. Polen befand

39 Hierdurch wollten die galizischen Ukrainer zeigen, dass sie die Inkorporation Ostgaliziens nach Polen nicht akzeptierten. Anders verhielten sich dagegen die im ehemaligen Kongresspolen lebenden Ukrainer, in dem sie die sich aus den Wahlen ergebenden Chancen ergreifen wollten. Vgl. Schenke, Nationalstaat und nationale Frage, S. 44 f.

40 Vgl. Andrzej Ajnenkiel, Sejm jako czynnik integracji narodu i państwa (Der Sejm als Faktor der Integration des Volks und des Staats). In: Andrzej Zakrzewski (Hg.), *Sejmy Drugiej Rzeczypospolitej*, Warszawa 1990, S. 9–53, hier 41 f.

41 Vgl. ebd., S. 127 f.

sich an der Schwelle zu einem Bürgerkrieg.⁴² Angesichts des aufgeheizten politischen Klimas ließ die Rechte von weiteren Zusammenstößen ab und verzichtete auf Polemik, als der vergleichsweise wenig bekannte Kandidat des Zentrums Stanisław Wojciechowski nur elf Tage nach der Ermordung von Narutowicz zum Präsidenten mit der gleichen Stimmenverteilung wie dieser gewählt wurde.⁴³ Die erste tief greifende Krise der Demokratie schien überwunden, das schlechte Ansehen des Parlaments jedoch nicht. Der erste politische Mord der Republik wurde zu einem Trauma der politischen Eliten, das gerade die Linke immer wieder in der Publizistik thematisierte und als Argument der Versicherheitlichung nutzte.⁴⁴

Dem formalen Abschluss des Staatsaufbaus folgten weitere Machtproben: 1923 wurde Piłsudskis als Generalstabschef und Vorsitzender des Engeren Kriegsrates durch ein Mitte-rechts-Bündnis entmachtet. Dies hatte zur Folge, dass er von da an als Privatier beleidigt gegen das System wettete und die öffentliche Meinung gegen das verächtlich als Parlamentsherrschaft („Sejmokratie“) diffamierte politische System aufzubringen versuchte.⁴⁵ Aufgrund der durch die Hyperinflation und Wirtschaftskrise hervorgerufenen, teilweise gewaltsam beendeten Streiks und Demonstrationen wurde deutlich, dass weder eine Mitte-rechts-Regierung Durchsetzungskraft hatte, noch eine Mitte-links-Koalition oder ein Bündnis der Linken mit den Minderheitenparteien realisierbar war. Die Linke demonstrierte aber stets, dass ohne oder gar gegen sie nicht regiert werden könne. 1924 setzte sich angesichts der unklaren Mehrheitsverhältnisse im Parlament der Nationaldemokrat Władysław Grabski mit einem Kabinett von nicht parteipolitisch profilierten Fachleuten durch und regierte knapp zwei Jahre. Er trat mit dem Ziel an, die ruinierte und von Inflation bedrohte Wirtschaft zu sanieren. Bedeutsam für seine relativ stabile Regierung war vor allem das Jahr 1924, weil der Sejm sich für ein halbes Jahr selbst entmachte und Grabski freie Hand für die geplanten Wirtschaftsreformen erhielt. Auch die auf Grabskis Kabinett folgende einzige große Koalition im Polen der Zwischenkriegszeit scheiterte an der Wirtschaftskrise. Die Anfang Mai 1926 eingesetzte Mitte-rechts-Regierung forderte die Linke wieder heraus.⁴⁶

42 Vgl. Cat (Stanisław Mackiewicz), *Dziś i jutro* (Heute und morgen). In: *Slowo* (Das Wort) vom 19.12.1922, zit. nach Daria Nałęcz (Hg.), *Nie szablą, lecz piórem. Batalie publicystyczne II Rzeczypospolitej* (Nicht mit dem Säbel, aber mit der Feder. Publizistische Schlachten der 2. Republik), Warszawa 1993, S. 47–49. Cat verweist auf die Haltung der Minderheiten, die im Mord ein Signal zum Bürgerkrieg erkennen würden.

43 Aufruf von Stanisław Stroński, *Ciszej nad trumną* (Leiser am Sarg). In: *Rzeczpospolita* (Republik) vom 17.12.1922, zit. nach ebd., S. 31–34.

44 So etwa Tadeusz Hołówko, *Brońmy Polski przed prawicowym Bolszewizmem* (Lasst uns Polen vor dem rechten Bolschewismus verteidigen). In: *Robotnik* (Der Arbeiter) vom 14.12.1922, zit. nach ebd., S. 38 f. Ein Stichwortgeber war Piłsudski, vgl. Józef Piłsudski, *Wspomnienia o Gabrielu Narutowiczu* (Erinnerungen an Gabriel Narutowicz). In: Ders., *Pisma zbiorowe* (Gesammelte Schriften), Band 6, Warszawa 1937, S. 36–59.

45 Vgl. Hein, *Piłsudski-Kult*, S. 51.

46 Vgl. Borodziej, *Geschichte*, S. 142–162.

Der Staat war um die Mitte der 1920er-Jahre also von einer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stabilisierung weit entfernt. Das politische Klima wurde angesichts der politischen und wirtschaftlichen Krise, des unüberwindbaren Parteienzanks, der resultierenden gesellschaftlichen wie politischen Verunsicherung und der daraus entstehenden Demokratiekritik zusehends vergifteter.

VI. Demokratiekritik und Versicherheitlichungsdiskurse

Praktisch alle Auseinandersetzungen um innenpolitische Fragen wurden in den Anfangsjahren der Republik, in verstärktem Maße gegen Mitte der 1920er-Jahre, zum Spiegel des sich weiter vertiefenden Grabens zwischen den politischen Blöcken und gesellschaftlichen Gruppen sowie ihrer Protagonisten. Die Phase nach Abschluss des formalen Staatsgründungsprozesses, die eigentlich zur Konsolidierung des politischen Systems hätte genutzt werden können, zeichnete sich durch eine stetige Abfolge politischer und wirtschaftlicher Krisen aus; die ausbleibende außen-, vor allem aber innenpolitische und gesellschaftliche Konsolidierung korrelierte daher mit einer tief gehenden Kritik an der politischen, ökonomischen und nicht zuletzt gesellschaftlichen Schwäche des Staats und des parlamentarischen Systems. Diese Kritik lässt sich im Wesentlichen damit in zwei inhaltliche Schwerpunkte untergliedern.⁴⁷

Seitens der Rechten wurden zunächst intensiv die Position und Rechte der nationalen Minderheiten im Staat kritisiert. Hier ist das nationalitätenpolitische Dilemma, das durch die Territorialbildung entstanden war, deutlich zu spüren. Die Regierung, an der fast immer die Nationaldemokraten beteiligt waren, versuchte, nationalstaatliche Ambitionen gegen die Minderheitenbevölkerung durchzusetzen, die durch den mit dem Versailler Vertrag abgeschlossenen Minderheitenschutzvertrag mit einem besonderen internationalen Schutz versehen war. Diese Politik führte dazu, dass sich die Minderheiten zunehmend von der Republik entfremdeten. Die innenpolitisch motivierten Diskurse über die Rolle der Minderheiten erfolgten auch vor dem Hintergrund des oben skizzierten triadic nexus (Rogers Brubaker), der Abhängigkeit von Minderheiten- und Außenpolitik.

Hierbei spielte die nationaldemokratische Publizistik eine entscheidende Rolle, sah sie doch den polnischen Charakter des Staats und letztlich die Staatlichkeit insgesamt dadurch gefährdet. Diese Haltung hatte bereits im Rahmen der Konstituante und der ersten Wahlen zu minderheitenfeindlichen Diskursen geführt, die ihren Höhepunkt nach der ersten Präsidentenwahl erreichten.⁴⁸ In der

47 Repräsentative Quellentexte in Tomasz Nałęcz, *Spór o kształt demokracji i parlamentarizmu w Polsce w latach 1921–1926* (Streit um die Gestalt der Demokratie und des Parlamentarismus in Polen in den Jahren 1921–1926), Warszawa 1994.

48 Vgl. Zloch, *Polnischer Nationalismus*, S. 53–94.

zu diesem Zeitpunkt verdichteten Form charakterisieren sie deutlich die Haltung der Rechten. Sie warfen Narutowicz vor, unter den Polen keine Mehrheit zu haben, und hielten daher seine Wahl mit Stimmen der Minderheiten für ungültig. Symptomatisch sind hierfür die Äußerungen über „Ihr[en] Präsident[en]“⁴⁹ durch einen der Hauptwortführer, den Publizisten Stanisław Stroński: Seiner Ansicht nach gab es selten eine gleichermaßen klare und tiefe Entehrung Polens, gegen die die polnische Mehrheit kämpfen und keinesfalls die Arbeit am Staat (*praca państwowa*) aufgeben müsse. Er zweifelte somit vor allem die politischen Beteiligungsrechte der Minderheiten an, da sie sich überhaupt nicht um das Wohl und die Stärke Polens kümmerten. Er bezichtigte sie der Illoyalität, beispielsweise in dem er den Deutschen vorwarf, die Entnationalisierung (*wynarodowienie*) der Polen zu fordern.⁵⁰ Narutowicz' Wahlsieg interpretierte er als polnische Niederlage und als Sieg der Minderheiten, sodass die gewalttätigen Demonstrationen gegen diese Wahl gerechtfertigt seien. Denn das Volk, „in dessen Adern Blut und nicht Jauche fließt“, müsse „in Aufruhr geraten“, also sich verteidigen, wenn „fremde Nationalitäten feindlich gegen das Polentum auftreten“.⁵¹ Daraus folgerte er, dass die „polnische Allgemeinheit [das Ergebnis der Präsidentenwahl] als Gefahr [niebezpieczeństwo] und als Erniedrigung [ponizenie] empfinden muss“.⁵²

In der publizistischen Aufarbeitung der auf der politischen Rechten als Schmach empfundenen Wahl des Präsidenten mit Unterstützung der parlamentarischen Vertreter der Minderheiten werden also die politischen Beteiligungsmöglichkeiten der Minderheiten als Loyalitäts- und vor allem als Sicherheitsproblem für den polnischen Staat und die polnische Nation dargestellt. Die Auseinandersetzung um die Präsidentenwahl ist somit eine wichtige Etappe der aufkommenden Demokratiekritik vonseiten der politischen Rechten, die zeigt, dass sich die Rechte nicht mit der Verfassungsordnung identifizierte.

Während die Nationaldemokratie versuchte, die Linke als Interessenvertreter der Minderheiten darzustellen, und gegen deren politischen Beteiligungsrechte polemisierte, rief einer der wichtigsten Publizisten der Linken, Tadeusz Hołówko, dazu auf, „Polen vor dem rechten Bolschewismus [zu] verteidigen“,⁵³ also vor dem Diktat der rechten, nationaldemokratischen Ideologie zu schützen, da es der Nationaldemokratie nicht um Polen, sondern nur um die eigenen Interessen

49 Stanisław Stroński, Ich Prezydent (Ihr Präsident). In: *Rzeczpospolita* (Republik) vom 10.12.1922, zit. nach Nałęcz (Hg.), *Nie szablą*, S. 16–18. Vgl. auch Andrzej Ajnenkiel, *Od rządów ludowych do przewrotu majowego. Zarys dziejów politycznych Polski 1918–1926* (Von den Volksregierungen zum Maïumsturz. Abriß der politischen Geschichte Polens 1918–1926), Warszawa 1978, S. 330 f.

50 Ders., *Winowajcy* (Täter). In: *Rzeczpospolita* (Republik) vom 15.12.1922, zit. nach Nałęcz (Hg.), *Nie szablą*, S. 26–29, hier 27.

51 Ders., *Obluda*, S. 20 und ders., *Prawo i jego istota* (Das Recht und sein Charakter). In: *Rzeczpospolita* (Republik) vom 13.12.1922, zit. nach ebd., S. 21–24, hier 22.

52 Ebd. S. 25.

53 Hołówko, *Brońmy*, S. 34–39.

gehe. Bereits hier wird das Motiv deutlich, den politischen Gegner als Gefahr für den Staat zu diffamieren.⁵⁴

Zunehmend wurde das parlamentarische System als Sicherheitsproblem für die Staatlichkeit wahrgenommen. Hierbei wurde einerseits der politische Gegner diffamiert, andererseits die parlamentarische Demokratie und zumindest seitens der Rechten die Verfassungsordnung mit ihren Beteiligungsrechten für die nationalen Minderheiten angeprangert. Die fast zweijährige, damit vergleichsweise dauerhafte Regierung Grabskis hatte schließlich der politischen Öffentlichkeit gezeigt, dass die Republik auch ohne Sejm auskommen konnte, was die Kritik an der parlamentarischen Demokratie weiter steigerte. Leitthemen auf allen Seiten waren die Korruption und die Unfähigkeit des Staatsapparats. Deutlich wird dies etwa bei dem Leitartikel des einflussreichen konservativen „Ilustrowany Kurier Codzienny“ („Illustrierter Täglicher Kurier“) aus dem Jahr 1925, der die legislative Arbeit des Sejms als fast gar nicht vorhanden darstellte. Die Abgeordneten würden sich, anstelle zu arbeiten, lieber in der Kantine aufhalten und wie „schreckliche Kinder“⁵⁵ intrigieren.

Angeheizt wurde sie durch Äußerungen der beiden einflussreichsten Politiker des Landes. So zeigte sich Dmowski von der bisherigen Entwicklung enttäuscht. Er charakterisierte sie als „Wettkampf an die Futtertröge“⁵⁶ und sprach sich gegen das demokratische System aus. Um „die Gesellschaft aus diesem gefährlichen Traum aufzuwecken“, ⁵⁷ begann er öffentlich über einen Staatsstreich, eine Diktatur oder sogar eine autokratische Monarchie in Polen nachzudenken. Er wünschte sich eine faschistische Organisation wie in Italien und für Polen einen „Mann, der einen Wert wie ein halber Mussolini“⁵⁸ besäße, den er als „zweifelloso größten Mann im heutigen Europa“⁵⁹ bezeichnete. Die Presseorgane beider Lager griffen diese Gedankenspiele in ihrer Weise auf, diskutierten und reflektierten sie ausführlich: So kam der „Ilustrowany Kurier Codzienny“ kurz vor dem Rücktritt Grabskis zum Schluss, dass „sich der Sejm selbst austreibt“. Es sei nicht verwunderlich, dass überall in der Bevölkerung deutlich werde: Es gehe um die „Rettung der staatlichen Existenz vor den aggressiven Krallen der Räuber und Taugenichtse“. Daher verspüre man überall die Sehnsucht nach ei-

54 Damit spielt Hołówko auch auf den nach dem „Wunder an der Weichsel“ insbesondere seitens des Piłsudski-Lagers gepflegten Mythos von Polen als Bollwerk gegen den Bolschewismus an. Hierin impliziert er eine Beschützerrolle seines Lagers für Polen.

55 NN, *Nieustający wiec przy ul. Wiejskiej* (Nichtzureichende Zusammenkunft an der Wieska-Straße). In: IKC vom 8.11.1922.

56 Roman Dmowski, *Sny i rzeczywistość* (Träume und Realität, Serie von vier Artikeln im Dezember 1925 in der *Gazeta Warszawa*), (<http://chomikuj.pl/bzbij/Dmowski+-Roman/SNY+A+RZECZYWISTOSC,3179463220.doc>; 30.9.2014).

57 Ebd.

58 Ebd.

59 Ebd.

ner „starken Hand, welche uns Rettung bringt“ und nach einer „grundlegenden Änderung der heutigen Verhältnisse“.⁶⁰

In sehr ähnlicher Weise kritisierte die Linke, jedoch aus ihrer Perspektive, die parlamentarische Demokratie. Wie Dmowski gerierte sich auch Piłsudski, der seit seinem Rückzug ins Privatleben 1923 ein politisches Problem aller Regierungen war, als „Souffleur“ für seine Gefolgsleute. Seine stetige Polemik gegenüber den Institutionen der parlamentarischen Demokratie steigerte sich schrittweise. Die Regierung sah er als Symbol der „kranken“, korrupten „Sejmokratie“.⁶¹ Er machte schließlich seinen politischen Erzgegner, die Nationaldemokraten, für das Versagen der parlamentarischen Demokratie verantwortlich und stellte sie als Verkörperung der Missstände im Staat dar.⁶² Die Lügen seiner Gegner – und dazu zählte er nach dem Bündnis der „Bauernpartei – Piast“ mit den Nationaldemokraten auch deren Vertreter – brächten „unsere Existenz als Staat und Nation in Gefahr“.⁶³ So war für Piłsudski insbesondere der Regierungsantritt der Regierung Witos im Mai 1926 Anlass, einen Kampf gegen das Hauptübel im Staat anzukündigen, gegen die „Herrschaft der ungezogenen Parteien über Polen“.⁶⁴ Die von der bisherigen Entwicklung Enttäuschten im Lager der politischen Linken und teilweise auch der politischen Mitte konnte er ebenso von dieser „Krankheit“ des Staats überzeugen wie von seiner Auffassung, diese sei nur ein Vorbote einer Machtergreifung durch die Rechte, wobei Dmowskis Gedankenspiele Wasser auf seine Mühlen waren.

Die Kritik an der Verfassungsordnung der parlamentarischen Demokratie ist somit ein Symptom für die verpasste Konsolidierung des polnischen Staats: Die Schwäche der parlamentarischen Demokratie wurde dafür verantwortlich gemacht, dass die strukturellen Grundprobleme aus der Teilungszeit und Kriegszeit nicht überwunden worden waren. Allen waren zwar die desaströsen Folgen des Weltkriegs und der nachfolgenden Grenzkriege – also von insgesamt sechs Jahren gewalttätiger und kräftezehrender Auseinandersetzungen – bewusst, doch wurden sie in der politischen Auseinandersetzung nicht zugunsten der parlamentarischen Demokratie in die Waagschale geworfen. Vielmehr wurden die Probleme vor allem der lediglich mangelhaft funktionierenden parlamentarischen Demokratie angelastet. Die Kritik an der parlamentarischen Demokratie steigerte sich so in Wechselwirkung mit den skizzierten politischen und wirtschaftlichen Krisen und kulminierte in den Monaten vor dem Mai-Putsch

60 Ilustrowany Kurier Codzienny vom 11.11.1925, vgl. auch Borodziej, Geschichte Polens, S. 145.

61 Rede Piłsudskis auf dem Legionärskongress am 6.8.1923, zit. nach Piłsudski, Pisma, Band 6, S. 79–82, hier 80, auch im Interview vom 24.4.1926. In: Ebd., Band 8, S. 330.

62 Vgl. Hein, Piłsudski-Kult, S. 51–53. Deutlich wird in der Retrospektive, dass seine verstärkte Präsenz in der Presse seit 1925 zumeist in Formen von Interviews der mentalen Vorbereitung des Putsches diente.

63 Interview vom 24.4.1926. In: Piłsudski, Pisma, Band 8, S. 330.

64 Interview im Kurier Poranny (Morgenkurier) vom 11.5.1926. In: Piłsudski, Pisma, Band 8, S. 336.

1926. Hierbei wurde die parlamentarische Demokratie für die politischen und publizistischen Akteure als die Ursache der geschwächten, gefährdeten Staatlichkeit wahrgenommen und zum Sicherheitsproblem für diese stilisiert. Durch diese Diskurse verstärkte sich wiederum die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie, indem immer wieder Szenarien einer inneren, durch Korruption und Fehlentwicklungen des parlamentarischen Systems entstandenen Bedrohungslage entwickelt wurden und die Staatlichkeit in Verbindung mit außenpolitischen Bedrohungsszenarien als gefährdet dargestellt wurde. Die innen- wie außenpolitische Schwäche Polens wurde somit als umfassendes Sicherheitsrisiko für die Staatlichkeit wahrgenommen. Diese Versicherheitlichungsdiskurse zielten nicht auf den Erhalt der parlamentarischen Demokratie, sondern auf die „Gesundung“ des Staats und damit auf eine starke Staatlichkeit. Hierbei ist zu beachten, dass die Diskurse auf beiden politischen Seiten durchaus eine deutliche Reminiszenz an die zeitgenössische Bewertung der Teilungen ausdrückten, wonach die innere Schwäche und die Reformunfähigkeit zur Teilungssituation geführt hatten. Insgesamt wurde durch diese Wahrnehmung das Empfinden der Krise(n) und staatlichen Schwäche kanalisiert. Die Beantwortung der Frage, wie die Staatlichkeit gesichert werden könne, war damit zum Zankapfel zwischen beiden Lagern geworden.

VII. „Moralische Gesundung“ nach dem Mai-Putsch

Das skizzierte diskursive Hochrüsten der politischen Lager spiegelt den Kampf der Lager um die Deutungshoheit der Krise wider. Sie implizierte das Streben nach Durchsetzung der eigenen politischen Bestrebungen. Piłsudski, der nach wie vor hohe Autorität im Land besaß, begann am 12. Mai 1926 gegen die „Sejmokratie“ unter dem bereits während des diskursiven Hochrüstens durch den Publizisten Adam Skwarczyński geprägten Schlagwort der „moralischen Gesundung“ („sanacja moralna“) zu putschen.⁶⁵ Anlass dafür waren Gerüchte, Piłsudski solle verhaftet werden und er sei in seinem Haus außerhalb Warschaus beschossen worden. Einige ihm loyal gesinnte Regimenter rückten aus, um ihn zu beschützen, und zogen mit ihm am Nachmittag nach Warschau. Auf der Poniatowski-Brücke traf er mit dem Staatspräsidenten zusammen, der darauf bestand, das bisherige politische System beizubehalten. Nach dem Scheitern der Verhandlungen organisierten sich die Kräfte, und am 13. Mai kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen, die auch auf andere Garnisonsstädte übergriffen. Durch den Generalstreik der Warschauer Arbeiter und Angestellten, insbesondere der Eisenbahner, wurden die Kämpfe am 14. Mai zugunsten Piłsudskis entschieden. Die Regierung und der Staatspräsident traten zurück, sodass am

65 Zur Forderung einer Koalition für eine gesellschaftliche Gesundung vgl. *Głos Prawdy* (Stimme der Wahrheit) vom 1.5.1926.

15. Mai ein Waffenstillstand geschlossen werden konnte. In den folgenden Wochen und Monaten musste die errungene Macht konsolidiert werden. Piłsudski selbst begnügte sich mit den Ämtern des Kriegsministers und Generalinspektors der Streitkräfte und übernahm nur zweimal für wenige Monate selbst das Amt des Ministerpräsidenten. Auch wenn er sich gegen eine schrankenlose Diktatur aussprach, hatte er faktisch die Position eines Diktators inne. Trotz seiner verächtlichen Haltung gegenüber dem Sejm war er aber bemüht, im Rahmen der Verfassung zu handeln. Daher ließ er seit August 1926 schrittweise das Verfassungssystem umbauen, ohne den gesellschaftlichen Pluralismus zu beseitigen. Er suchte einerseits den Schulterschluss mit den nicht-nationaldemokratischen Konservativen und entfernte sich andererseits zunehmend von der Linken. Erst 1928 wagte das nun als „Sanacja“ titulierte Regime, die überfälligen Parlamentswahlen durchzuführen. Der von Piłsudski begründete „Parteilose Block der Zusammenarbeit mit der Regierung“ („Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem“, BBWR) sollte die Opposition neutralisieren. Jedoch wuchs seitdem die politische Opposition gegen das Regime immer stärker, auch weil es sich durch politische Affären selbst in Misskredit brachte. Im November 1930 wurde schließlich die politische Opposition ausgeschaltet. Erst die Verabschiedung der Aprilverfassung kurz vor dem Tod Piłsudskis 1935 schloss den Umbau der Verfassungsordnung ab.⁶⁶

Das politische Schlagwort der moralischen Gesundung wurde nach 1926 zum Namensgeber des „Sanacja-Regimes“, das letztlich nur durch seinen Spiritus Rector und Führer Piłsudski sowie durch den dieser Parole inhärenten Antiparlamentarismus und die Fixierung auf einen starken Staat zusammengebunden wurde. Diese Entwicklung griffen die nationaldemokratischen Publizisten meist auf, indem sie „sogenannt“ („t.zw.“) vor „Sanacja“ setzten und deren Gefolgsleute als „Sanierer“ („sanatorzy“) bezeichneten. Dies deutete eine kritische, gegenrhetorische Haltung an, ohne dass sie außer einer Würdigung Dmowskis nun alternative Handlungsoptionen aufzeigten. Dass Polen ihrer Meinung nach von einer „Sanierung“ weit entfernt sei, wird etwa in einem Artikel zum dritten Jahrestag des Mai-Umsturzes deutlich, in dem darauf hingewiesen wird, das Problem einer „moralischen Gesundung“ sei brennender denn je.

Die „moralische Gesundung“ blieb das zentrale diskursive Motiv des Regimes. Diese Parole findet sich direkt oder zumindest in entsprechenden Anspielungen und Umschreibungen in den politischen Diskursen des Regimes nach 1926 stets als selbst legitimierendes Argument. Deutlich wird dies bei einer Rede Piłsudskis vor dem Sejm, in der er den Putsch mit seinem Antiparlamentarismus rechtfertigte. Er sah Egoismus und Parteienzank als Hauptursachen „des Elends, der inneren und äußeren Schwäche“, wodurch „keine Wiedergeburt der Volkseele“ erfolgt sei, sodass es sein Ziel gewesen sei, die herrschenden Schurkereien zu vermindern und den Weg für ehrliche Arbeit freizumachen.⁶⁷

66 Vgl. Hein, Piłsudski-Kult, S. 53–61.

67 Vgl. Rede vor dem Sejm am 29.5.1926. In: Hein-Kircher, Zweite Republik (<http://www.herder-institut.de/resolve/qid/21.html>; 12.2.2015).

„Sanacja moralna“ kann man daher auch als Parole der Versicherheitlichung interpretieren, die einerseits das wahrgenommene Sicherheitsproblem für die Staatlichkeit metaphorisch, aber gerade dadurch einprägsam umschrieb, und andererseits den Lösungsweg für dessen Rettung vorgab: eine grundlegende „moralische Gesundung“ des Staats als Bekämpfung des Hauptübels, die innere Zerrissen- und Korruptheit sowie die Parlamentsherrschaft. Es wurde als Hauptargument bei der Errichtung und Legitimierung der Diktatur genutzt.⁶⁸ Deutlich wird dies beispielsweise in einem Leitartikel des sozialistischen „Robotnik“ („Der Arbeiter“), der die „moralische Gesundung“ mit dem „Sieg der Demokratie“ in Verbindung bringt.⁶⁹ Ziel war es, ein neues staatsbürgerliches Bewusstsein zu schaffen, in dem das private Interesse zurücktreten und die Gesellschaft moralisch gereinigt werden sollte.⁷⁰ Mit der Implementierung dieser Parole als Hauptziel des Putsches und des nachfolgenden politischen Handelns des neuen „Sanacja“-Regimes wurde somit das Scheitern des parlamentarischen Systems auch diskursiv festgeschrieben.

VIII. Fazit

„Der soeben entstandene nationale Massenmarkt der politischen Bewegungen füllte sich rasch mit Verdächtigungen und Hass.“⁷¹ Dieses ernüchternde Fazit des polnischen Historikers Włodzimierz Borodziej bezüglich des aufgeheizten politischen Klimas in den Anfangsjahren der Zweiten Republik ist mit der Feststellung zu ergänzen, dass die politischen Akteure auf diesem Massenmarkt zunehmend Kritik an der parlamentarischen Demokratie äußerten und sie damit infrage stellten. Die tief greifende Kritik an der parlamentarischen Demokratie, die in ihre Verachtung mündete, war einerseits Ausdruck einer letztlich alle Schichten umfassenden Verunsicherung aufgrund umfassender struktureller Probleme und eines in Misskredit stehenden politischen Systems. Ausgehend von der Wahrnehmung der Demokratie als Sicherheitsproblem, war dieser Kritik immer die Forderung inhärent, die deutlich empfundene Schwäche der parlamentarischen Demokratie zu überwinden, um die staatliche Existenz Polens nicht zu gefährden.⁷² Durch das Wechselspiel von verpasster Konsolidierung, Demokratiekritik

68 Vgl. Interview im Kurier Poranny (Morgenkurier) vom 11.5.1926. In: Piłsudski, Pisma, Band 8., S. 336.

69 Vgl. Sanacja moralna i zwycięstwo demokracji (Die moralische Gesundung und der Sieg der Demokratie). In: Robotnik (Der Arbeiter) vom 29.5.1926.

70 Vgl. das Leitmotiv des Głos Prawdy (Stimme der Wahrheit) vom 15.5.1926: „Zwycięski przewrót moralny“ (Der siegreiche moralische Umsturz).

71 Borodziej, Geschichte S. 144, vgl. auch ebd., S. 144–149.

72 Vgl. Tadeusz Holówko, Ostatnia Okupacja (Die letzte Besatzung). In: Droga (Der Weg) vom 1.1.1916, zit. nach Nałęcz, Spór, S. 71–80, hier 74 und 80. Vgl. Kochanowski, Piłsudski, S. 41, verweist darauf, dass diese Parole die Ablehnung des vorhergehenden

und mitschwingenden Versicherheitlichungsdiskursen wurde das demokratische System zunehmend als Hauptproblem für die innere und äußere Schwäche des Staats verantwortlich gemacht. Die Diskurse von links und rechts weisen daher auf Handlungsanleitungen respektive Lösungsansätze hin, die Krisen und in den Diskursen entwickelten Bedrohungsszenarien durch eine grundlegende „Gesundung“⁷³ des Staats und der polnischen Gesellschaft zu überwinden. Die Bedrohung der Staatlichkeit könne, so das Credo der Diskurse, nur durch eine notwendige innere Konsolidierung und Stärkung überwunden werden, wobei sich der jeweilige Interpret der „Gesundung“ die alleinige Kompetenz zur Einleitung der notwendigen Maßnahmen zuschrieb. Damit schwingen in den Diskursen über die als krank wahrgenommene parlamentarische Demokratie und die daraus resultierende Forderung einer „moralischen Gesundung“ immer wieder Motive der „Versicherheitlichung“ mit. Sie kanalisiert die Demokratiekritik zunehmend in der Art, dass es weder um den Erhalt der durch die Krisen bedrohten demokratischen Ordnung ging noch um die Stärkung des parlamentarischen Systems. Vielmehr zielten sie lediglich auf die Rettung und Schaffung eines starken polnischen Staats – nach innen und außen gleichermaßen. Infolgedessen begründeten sie, warum die parlamentarische Demokratie für alle politischen Lager an Kredit verspielt hatte. Damit heizten sie den Wettlauf um die Deutungshoheit der Krisen und Schwäche des Staats an. Aus diesem hatte sich bis 1926 ein Wettlauf um die Legitimierung von Machtansprüchen und die Erringung der Macht im Staate entwickelt, dem die parlamentarische Demokratie geopfert wurde.

demokratischen Regimes als *Conditio sine qua non* für die Errichtung eines autoritären und totalitären Regimes implizierte.

73 Dies ist nach ebd. (S. 43) eine herausragende Möglichkeit, sich und den Gegner nach den Kategorien „gut“ und „böse“ darzustellen und mit konkreten politischen Zielsetzungen zu verschmelzen.

